

Erscheint

täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags.

Bezugspreis

monatlich 3 Mk. frei ins Haus gebracht; durch die Postbezogen mit Bestellgeld 3 Mk. 17 Pfg.

Wochenblatt 25 Pfg.

Einzelnnummer 5 Pfg., ältere 10 Pfg.

Kreiszeitung

für den Obertaunus-Kreis.

Anzeigenpreis

die viergespaltene Gammondzelle oder deren Raum 20 Pfg.; im Nachrichtenblatt die Zeile 35 Pfg. — Nach laß bei öfteren Wiederholungen. — Laufende Wohnungsanzeigen nach Ueberein kunft.

Geschäftsstelle

Luisenstraße 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11569
Frankfurt a. M.

Die Verhandlungen im Hauptauschuß.

Die Antwort der Parteien.

B. Die schnellen Kanzlerstürzer sind wieder einmal nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die Aussprache der Parteiführer im Hauptauschuß auf Grund der Regierungserklärungen hat gezeigt, daß Graf Hertling am Reichstag eine viel stärkere Stütze findet, als noch gestern angenommen wurde. Man hat es so hingestellt, als ob das Wohl und Wehe des deutschen Volkes davon abhängt, daß ein oder mehrere Sozialdemokraten in die Regierung eintreten. Daß man von Seiten der Mehrheit — und auch die Nationalliberalen schließen sich diesem Wunsche an — die Sozialdemokraten dazu bestimmen möchte, nicht nur einen Teil der Macht, wie bisher, sondern auch den entscheidenden Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen, ist begreiflich und das Zentrum baut ihnen noch immer goldene Brücken. Aber man bilde sich doch nicht ein, daß unsere Gegner sich auch nur um ein Jota friedenswilliger zeigen werden, wenn Herr Ebert oder irgend ein anderer Genosse oben auf der Regierungsbank sitzen werden. Sie sagen schon heute, daß auch das nur eine Finte sei, deren ihnen ist es nicht an irgend einer „Freiheit“, sondern um unsere Vernichtung durch Waffengewalt zu tun und da wird ihnen Hindenburg schon die entsprechende Antwort geben.

Wohl aber ist es unsere Pflicht, in dieser ernsten, durchaus aber noch an hoffnungsvollen Möglichkeiten reichen Stunde die inneren Reichen zu schließen, und dadurch die Zuversicht auf den siegreichen Ausgang des Krieges zu stärken. Die Redner der Mehrheitsparteien haben bei der Aussprache im Hauptauschuß einmütig betont, daß keine Ursache zu Kleinmut und Kopfhängerei sei. Herr Gröber hat das getan, ebenso Scheidemann, der deutlich unterstrich, daß die Hoffnung der Gegner, Deutschland niederzuschmettern zu können, eine gefährliche Täuschung sei. Auch Fischel von der Fortschrittlichen Volkspartei sprach von der Notwendigkeit, die geschlossene innere Front wieder herzustellen, an der der Vernichtungswille der Feinde abprallen müsse. Die Rede Dr. Stresemanns zeigte dann die Wege und Möglichkeiten, die innere Front wieder zu dem Bollwerk zu machen, die sie zu Beginn des Krieges war. Das erschöpfte indessen nicht die Bedeutung des Tages. Sie liegt darin, daß die Parteiführer der Mehrheit nicht nur ihren Sorgen und Beschwerden Ausdruck gaben, sondern gleichzeitig auch den Boden für die gemeinsame Verständigung ebneten. Die Parteiführer haben am 25. September die Gedankengänge des Kanzlers in großen Umrissen aufgenommen, damit aber auch den Boden zu einer Verständigung gebahnt, die uns vor schweren inneren politischen Erschütterungen bewahrt. Das reine Machstreben einzelner Politiker wird sich von selbst aufheben, sobald sie gezwungen sind, die Verantwortung zu tragen.

Die Rede Gröbers.

J. In der gestrigen Verhandlung im Hauptauschuß führte der Zentrumsgesandte Gröber folgendes aus: Nach gelegentlichen Mißerfolgen darf man die Gesamtlage nicht beurteilen. Das sind Wechselfälle des Weltkrieges, die nicht ausbleiben. Unser Vertrauen zum Heer und seiner Führer ist unerschütterlich. Die Ausführungen des Generals von Briesberg aber waren nicht ausreichend. Nötigenfalls müssen vertrauliche Ergänzungen gegeben werden, damit der Reichstag klar sehen kann.

Das Beobachtungsflugzeug.

Die ehrenvolle und wohlverdiente Erwähnung und Namensnennung unserer Jagdflieger im Heeresbericht hat weite Kreise des Publikums dazu verführt, im Jagdflugwesen die hauptsächlichste oder gar einzige Tätigkeit unserer Luftstreitkräfte zu erblicken. In Wirklichkeit bilden die Jagdflieger nur einen, und nicht einmal den größten, Teil unserer Fliegertruppen. Zu Tausenden werden täglich an allen Stellen der Front die Aufklärungsflieger, also Flugzeugführer und Beobachter zu einer Besatzung vereint, eingesetzt.

Das Beobachtungsflugzeug ist mit zwei Maschinengewehren ausgerüstet; das eine, das nach vorn durch den Propeller schießt und mit dem Motor gekuppelt ist, wird vom Flugzeugführer bedient; das andere Maschinengewehr ist auf einem Ring drehbar und bewacht um den Beobachter und wehrt Angriffe feindlicher Flieger von oben, unten oder den Seiten ab. An der Seite des Beobachters, der aus einem überdeckten Benzinhälter besteht, lagern Bomben kleineren Kalibers; größere werden in einer Abwurfvorrichtung unter dem Flugzeug angebracht und durch Hebelzug ausgelöst. Das sichere Zielen verhilft ein Zielfernrohr, mit dessen Hilfe der Beobachter auch aus dem schnellen und hochfliegenden Flugzeug sichere Treffer in Feindesland erzielen kann. Die zu Kriegsbeginn bekannt gewordenen Fliegerpatrole werden wegen ihrer Wirkungslosigkeit und der Unmöglichkeit des Zielen nicht mehr verwendet.

Zweifellos hängt die Widerstandskraft der Truppen von der Kraft und der Festigkeit der inneren Front mit ab. Die Rede des Vizekanzlers von Payer in Stuttgart war nicht eine gelegentliche Aeußerung, sondern stellte ein

Aktionsprogramm der Regierung

dar, das in Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung aufgestellt worden war. Diese Uebereinstimmung erreicht zu haben ist unter allen Umständen ein Verdienst des Grafen Hertling. Das Zentrum ist bereit, auf den Boden dieses Aktionsprogramms zu treten. Das Zentrum verkennt nicht, daß viele Wünsche des Reichstages unerfüllt geblieben sind. Das Haupthindernis dafür war der Zwiespalt zwischen der Zivilregierung und den Auffassungen gewisser militärischer Stellen. Dadurch wurde Unklarheit im Innern geschaffen, und es wurde im Ausland der Eindruck einer gewissen Unehrlichkeit hervorgerufen. Wenn auch heute noch nachgeordnete Stellen das Gegenteil tun von dem, was die Absicht der Reichsleitung ist, so ist es höchste Zeit, diesen Widerspruch zu beseitigen, sonst könnte es zu spät werden. Der Wille der Reichsregierung muß sich gegen allen Widerstand durchsetzen. Fehlt es hierfür an den notwendigen Mitteln, so müssen sie geschaffen werden. Die Königswahl in Finnland ist eine finnische Angelegenheit, und es darf kein Zweifel bestehen, daß Deutschland für den finnischen Thron eine Sicherheit nicht übernehmen kann. Die Randvölker müssen ihr Selbstbestimmungsrecht auch wirklich ausüben dürfen. Selbstverständlich wird der Weltfriede nicht ohne Rückwirkung auf den Ostfrieden bleiben. Aber wir können die endgültige Entscheidung nicht einem Areopag der feindlichen Mächte überlassen. In ihrem eigenen Interesse haben sich die Randvölker Deutschland genähert. Das dynastische Interesse darf niemals maßgebend sein. Die Personalunion ist erledigt, sie liegt weder im Interesse Deutschlands noch in dem der Randvölker. Diese Frage scheidet also aus. Auch die Selbstverwaltung der Randvölker muß, allen Schwierigkeiten zum Trotz, gesichert sein. Mit der Militärverwaltung muß Schluß gemacht werden, denn sie wird von den Randvölkern als Unterdrückung empfunden. Ein Eindruck, der vermieden werden muß. Vielmehr muß Zufriedenheit geschaffen werden, dann werden die Besätze der Entente in jenen Gebieten scheitern. Jede überstürzte Art der Germanisierung ist von Uebel. Die Erlernung der deutschen Sprache darf keine aufgezwungene Wahlfahrt sein. Unethisch war die Maßnahme, Vertretern jeder Völker Besprechungen mit deutschen Regierungsgesandten zu verbieten. Mit der Lösung der polnischen Frage geht es nicht vorwärts. Es ist geradezu unbegreiflich, daß man noch zu keiner Entscheidung gekommen ist. Wie steht es mit der Behandlung der Polen in Deutschland? Die bisherige preussische Polenpolitik kann doch unmöglich fortgesetzt werden. Die Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand in Preußen führte unausgesetzt zu Beschwerden hier muß für Abhilfe gesorgt werden. Der

Erlaß des Kriegsministers vom 8. August ds. Js.

bedeutet den Gipfel verkehrter Maßnahmen. (Der Redner verteilte den Erlaß, der sich gegen die Tätigkeit der Zentralstelle für Völkerrecht zu Gunsten des Verständigungsfriedens wendet und für die Versammlungen dieser Zentralstelle die Generalkommandos bestimmte Anweisungen gibt.) Die Friedensentscheidung des Reichstages vom 19. Juli 1917 ist von der Reichsregierung übernommen und gutgeheißen worden. Jetzt geht der Kriegsminister in einem Erlaß gegen dieses Friedensprogramm von Regierung und Reichstag vor. Das kann der Reichstag

Zu Füßen des Beobachtungsflyers steht das Lichtbildgerät, die photographische Ausrüstung, mit der er seine Beobachtungen im Lichtbild festhalten kann. Die photographische Technik ist so weit fortgeschritten, daß heute aus Höhen von 5000 Meter und darüber klare und scharfe Bilder des Geländes gemacht werden können. Außerdem ist eine funktentelegraphische Einrichtung eingebaut, die gleichermachen vom Beobachter bedient wird und es gestattet, wichtige Beobachtungen in verabredeten Zeichen sofort an die Funker-Erdstation weiterzugeben. Sollte die funktentelegraphische Verbindung versagen, so sind farbige Signalpatronen an Bord, die mit einer besonderen Pistole abgeschossen werden. Diese Patronen werden auch verwendet, wenn das Flugzeug sich als deutsches kenntlich machen muß.

Die Verwendung eines solchen Beobachtungsflugzeuges ist sehr vielseitig; zur Fernaufklärung eingesetzt, geht es über die Front weit ins feindliche Hinterland und deckt durch Beobachtung der Eisenbahn, der Anmarschwege, der militärischen Bauten, Häfen und Bahnhöfe die Absichten des Gegners auf. In der Nahaufklärung überfliegt es die feindliche Front vom vordersten Schützengraben bis zu den Stellungen der feindlichen schweren Artillerie, erspäht neue Grabensysteme, Batteriestellungen, frische Fahrwege, Mannschaftsbaracken und Lager. In Verbindung mit der eigenen Artillerie kreist das Beobachtungsflugzeug über dem Feind, sucht artilleristisch löhbare Ziele auf, beobachtet Lage und Wirkung des eigenen Artilleriefeuers und verleiht ihm durch seine Meldungen die höchste

nicht leicht nehmen, und der Erlaß, mit dem der Reichskanzler nicht einverstanden sein kann, muß zurückgezogen werden. Ungehörig und lächerlich ist zugleich das Verbot von Versammlungen, in denen für das in der Regierungsvorlage enthaltene gleiche Wahlrecht geworben werden soll. Was ist das für eine Verwirrung in der Führung unserer Politik. Der gesamte Reichstag wird den Reichskanzler unterstützen in dem Bestreben, solche schädlichen Quertreibereien zu beseitigen. Die notwendige Einheit der äußeren und inneren Front erfordert ein solches Eingreifen.

Blätterstimmen.

Zu den gestrigen Verhandlungen im Hauptauschuß schreibt das „Berliner Tageblatt“: Auch Herr Gröber, der für das Zentrum das Wort ergriff, schwebte sich über die Parlamentarisierung und das Mindestprogramm der Sozialdemokratie aus. Er gehört zu den Hertlingverteidigern im Zentrum und schob nicht ungeschickt die Aussprache auf ein anderes Gleis, griff die vom Parteiausschuß der Sozialdemokratie vorgebrachten Beschwerden über die militärische Nebenregierung auf und unterstützte damit das Kabinett in seinen bisher mißlungenen Versuchen einer Entmilitarisierung der Politik.

Im „Vorwärts“ heißt es über die gestrigen Redner: Alle wandten sich in mehr oder minder scharfer Abtönung gegen das System der Militärpolitik, das die Zivilregierung zu ihrer Puppe erniedrigt. Die Ueberrassung des Tages war die Rede Gröbers, der als stärkste Stütze der Regierung Hertlings bekannt ist. Weiterhin schreibt dann der „Vorwärts“: Wie wir hören ist aus Anlaß des kriegsministeriellen Erlasses über das Verbot von Versammlungen zugunsten der Friedensresolution des Reichstages angeordnet worden, daß alle Erlässe des Kriegsministers der vorherigen Genehmigung des Reichskanzlers unterstellt werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ äußert: Die Linke betrachtet die Rede Gröbers als ein wichtiges Anzeichen dafür, daß es doch noch bald zu einer Einigung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie kommen werde. Mit welcher Berechtigung, bleibt abzuwarten. Sonst aber läßt sich deutlich erkennen, daß, wenn die Regierung die Dinge tatlos gehen läßt, die Entwicklung der Lage ihr über den Kopf wachsen wird.

Der deutsche Tagesbericht

Großes Hauptquartier, 25. Sept. (W. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Kege Erkundungstätigkeit in Flandern. Zwischen Moenvres und dem Walde von Haxincourt lebte der Artilleriekampf auf. Bei Moenvres scheiterten erneute Angriffe des Feindes.

Heeresgruppe Boehn.

Deftlich von Epehy nahmen wir im örtlichen Gegenangriff die vor den Kämpfen am 22. September gehaltenen Linien wieder.

Zwischen dem Omignon-Bach und der Somme nahmen Engländer und Franzosen ihre Angriffe gegen St. Quentin wieder auf. Sie waren von starker Artillerie und Panzerwagen begleitet. In Montreuil, Ercourt und Francilly-Selency jagte der Gegner am frühen Morgen Fuß. Versuche des Feindes, in heftigen, sich gegen Mittag fortsetzenden Angriffen die Einbruchsstelle zu erweitern, scheiterten. Durch Artillerie und Flieger wirksam unterstützte

Wirksamkeit. Als Bombenflugzeug geht es bei Tage und bei Nacht wiederum ins feindliche Hinterland, greift Munitionslager und Rüstungsstätten an und stört so die Kriegsarbeit des Feindes auf das empfindlichste. Toben an der Front schwere Kämpfe, so nimmt das Beobachtungsflugzeug auch an ihnen teil; es stellt als Infanterieflugzeug die Verbindung zwischen der Infanterie in der vordersten Linie und der Truppenführung her, und als Schlachtflugzeug fliegt es in niedrigster Höhe der stürmenden Infanterie voran, greift den Feind mit Maschinengewehr, Bomben und Handgranaten an und hilft den Kameraden auf der Erde zum Sieg.

Der Fernaufklärungslug führt heute in Höhen bis zu 7000 Meter. Allein mit seinem Führer, ist der Beobachter befreit, vor allem die gefährliche Zone über der feindlichen Front, in der die Jagdflugzeuge lauern, ungehindert zu überfliegen. Leicht ist diese Aufgabe nicht, denn außer den feindlichen Jagdfliegern in der Luft lauern die Flugabwehrkanonen auf der Erde. Bald zeigen sich am Himmel einzelne weiße Sprengwürfchen, und wenn sie auch nicht in gefährlicher Nähe des Flugzeuges austreten, so weiß der Beobachter, daß es „Nichtungsschüsse“ sind, die die feindlichen Flieger auf den Feind aufmerksam machen sollen. Die Besatzung muß also neben angestrengter Beobachtung des Geländes dauernd nach feindlichen Flugzeugen Ausschau halten, damit sie einem Luftkampf, der nicht zu ihren Aufgaben gehört, entgeht. So „windet“ sich der Fernaufklärer im Feuer der Abwehrkanonen über den Frontstreifen und überfliegt

Gegenstände unserer Infanterie und Pioniere brachten gegen Mittag Pontreuet und Gricourt wieder in unseren Besitz. Die zwischen beiden Orten gelegene Höhe wurde nach wechselvollem Kampfe wieder genommen. Francilly-Selency blieb in Feindeshand. An der übrigen Front brachten keine Angriffe meist schon vor unseren Linien zusammen. Wo er sie erreichte, wurde er im Gegenstoß wieder zurückgeworfen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Vesle und Aisne brachen Sturm-Abteilungen in die feindlichen Linien südlich von Olenne ein und brachten 85 Gefangene zurück. Ein starker Gegenangriff, den der Feind nach Abschluß dieser Kämpfe gegen unsere Ausgangsstellungen richtete, wurde abgewiesen. Bei kleineren Unternehmungen über die Vesle und in der Champagne machten wir Gefangene.

Wir schossen gestern im Luftkampf 28 feindliche Flugzeuge und 6 Fesselballone ab. Leutnant Rumay erlangte seinen 42., Leutnant Jacobs seinen 30. Luftpilz.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.



le dich gedur,

Die dich ergo zum Mann,
Die Heimat pocht
Im Hufe bei dir an.
Wer eilt nicht schnell
Mit voller Hand herfür,
Sind' seine Mutter
Dittend vor der Tür?

Der Fliegerangriff auf Frankfurt.

Frankfurt a. M., 25. Sept. (W. B.) Heute vormittag wurde Frankfurt a. M. alarmiert, da die Anwesenheit feindlicher Flieger in den Nachbargebieten gemeldet war. Um die Mittagszeit erfolgte ein feindlicher Angriff auf die Stadt. Nach den bisherigen Feststellungen wurden etwa sechzehn Bomben abgeworfen, die zum Teil in die Stadt, zum Teil in freies Gelände fielen. Eine davon traf ein weithin erkennbares Krankenhaus. Es wurde Sachschaden, jedoch kein militärischer, angerichtet. Leider wurden eine Person getötet und fünf Personen, in der Mehrzahl leicht, verletzt. Bisher sind zwei feindliche Flieger als abgeschossen gemeldet.

Der lehtin erfolgte Abwurf auf eine Mainzer Kirche und der heutige auf ein hiesiges Krankenhaus kennzeichnen wiederum hinreichend den Vorruf der „Barbarei“ aus feindlichem Munde.

Mieterrecht und Wohnungsfürsorge.

Die Verordnungen des Bundesrats.

Am 1. Oktober treten die Montag vom Bundesrat beschlossenen wichtigen Verordnungen über die Aenderung der Bestimmungen zum Schutz der Mieter und die Maßnahmen gegen Wohnungsmangel bereits in Kraft. Die neuen Bestimmungen bringen außerordentlich tiefe Eingriffe in das geltende Recht. Es hat sich dabei die Notwendigkeit ergeben, daß mancherlei zu ändern ist. Schritt für Schritt wurde dabei erwogen, daß es auch die Interessen der Vermieter zu wahren galt, denen eine einseitige Berücksichtigung der Mieter ist nicht möglich.

Dem Schutz der Mieter

soll die von jetzt ab geltende Möglichkeit dienen, bei jeder Kündigung das Mietseinspruchsamt anzurufen. Bis jetzt bestanden in dieser Richtung Zweifel, die durch eine Ent-

scheidung eines Berliner Landgerichts noch verstärkt werden. Nunmehr können die Einigungsämter auch dann eingreifen, wenn der Mietvertrag ohne Kündigung abläuft. Uebrigens darf die Verlängerung eines Mietvertrages künftig für nicht mehr als ein Jahr ausgesprochen werden. Das Einigungsamt kann auch in geeigneten Fällen dem Mieter das Recht zur Untervermietung auch gegen den Willen des Vermieters zusprechen, die Vergleiche sind nunmehr vollstreckbar, und Mitglieder des Amtes können aus denselben Gründen wie ein Richter wegen Befangenheit abgelehnt werden. Bei der Gehührentfreiheit bleibt es grundsätzlich, doch kann das Amt in besonders geeigneten Fällen die Erhebung von Gebühren anordnen. Nach einer Reihe weiterer Einzelheiten sollen bisher empfundene Mängel beseitigt werden. Kinderreichtum darf nicht zu Schwierigkeiten für den Mieter führen. In einem Erlass an die Regierungspräsidenten hat der preussische Staatskommissar für das Wohnungswesen darauf hingewiesen, daß die Verordnung zum Schutz der Mieter nicht in dem Sinne auszulegen ist, daß sie nur dem Mieter zugute kommt. Billiges Ermessen der Einigungsämter — nicht Willkür, ferner Prüfung der Mietseinerung in erster Linie unter dem Gesichtspunkt des objektiven Wohnungswertes, aber auch der wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse hat zu erfolgen.

Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel

gilt die zweite Verordnung. Ohne die Zustimmung der von der Landeszentralbehörde ermächtigten Gemeindebehörde kann kein Gebäude oder kein Teil eines Gebäudes abgetragen werden. Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnungszwecken bestimmt oder benutzt waren, dürfen nicht zu einem anderen Zwecke, insbesondere als Lager- oder Fabrikräume, vermietet werden. Die Gemeindebehörde darf selbst Wohnräume erfassen. Dazu kann sie Hausbesitzer und Vermieter verpflichten, das Vorkommen von Räumen zu melden. Als unbewohnt gelten nur Wohnräume, die tatsächlich leerstehen oder deren Inhalt auch an anderer Stelle aufbewahrt werden kann. Wohnungen von Leuten, die ins feindliche Ausland zogen, können unter allen Umständen erfasst werden. Dem Hauswirt, der leere Wohnungen hat, kann die Gemeinde einen Mieter zuweisen, und das Einigungsamt ist berechtigt, falls die Parteien sich nicht einigen können, einen Mietvertrag festzusetzen.

Die Preise für alle zur Zeitungsherstellung nötigen Materialien sind seit der letzten Bezugspreiserhöhung in ganz außerordentlichem Maße weiter gestiegen, ebenso sind in den Löhnen, Gehältern und Zustellungslosten fortgesetzt weitere Steigerungen eingetreten. Um für einen Teil dieser Mehrkosten Deckung zu finden, sehen sich die unterzeichneten Zeitungen gleich wie die anderen deutschen Blätter gezwungen, ab 1. Oktober ihre Bezugspreise zu erhöhen.

Tannusbote. Kreiszeitung.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 26. Sept. 1918.

* Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe. Nachfolgenden Personen wurde von Seiner Majestät dem Kaiser und König das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen:

Meister Georg, Bürgermeister in Stierstadt; Hesse Karl, Polizeierbeant in Eppstein; Haas Richard, Kurinspektor in Bad Homburg v. d. H.; Göttsch Philipp, Arbeiter in Oberstedten; Stolberg Robert, Bürobeamter in Gonsenheim; Zell Georg, Kreisbote in Bad Homburg; Radmann Klaus, Kreisaußschußassistent in Bad Homburg; Müller Philipp, Rentant und Vorstand der Sparkasse für das frühere Amt Homburg in Bad Homburg; Zimmerling

Schlachtlieger. Bei feindlichen Angriffen brausen sie in niedrigster Höhe, oft auf 30 Meter und tiefer herabstürzend, über die Feinde hinweg, reißen mit dem Feuer ihrer Maschinengewehre Lücken in die bereitgestellten Reserven und stören die Tätigkeit der feindlichen Minenwerfer und Sturmbatterien. Oder aber sie suchen im Trommelfeuer, das jede Verbindung nach rückwärts abschneidet, die Lage und Stellung unserer Infanteristen im Trichterfeld zu erkunden, melden sie nach rückwärts und fordern für rechtzeitig erkannte Angriffe das schlagende Sperrfeuer der eigenen Artillerie an. Sie melden vorrückende Tanks, die die Infanterie im Nebel und Rauch nicht sehen kann, und halten die Truppenführung über die Vorgänge in den vordersten Linien auf dem laufenden. Sind sie so die „Schuhengel“ der Infanterie, so sind sie für kleine, ringsum vom Feinde abgeschnittene Trupps schon zum „Rettingengel“ geworden. Uebekümmert um das Trommelfeuer, das die Flugzeuge durch die Explosionsen der schweren Geschosse aufs höchste gefährdet, haben deutsche Infanterie- und Schlachtlieger Munition und Verbandzeug, sogar Nahrungsmittel und Wasser an Bord genommen und eingeschlossenen Truppen, die sich verschollen hatten und zur Uebergabe gezwungen wären, Hilfe und Rettung gebracht.

So zeigt sich, daß keine der auf der Erde kämpfenden Waffen, vor allem Infanterie und Artillerie, die Mitarbeit unserer Beobachtungslieger mehr entbehren kann; und wenn der Taten des deutschen Flugwesens gedacht wird, so sind dabei stets die Aufklärungslieger einbezogen, die täglich in treuester Pflichterfüllung gefährliche und unentbehrliche Kriegsarbeit zum Wohl des Ganzen vollbringen.

Karl, Postsekretär in Bad Homburg; Wymann Artur, Direktor der Gas- und Wasserwerke in Bad Homburg; Schulze Artur, 1. Stadtkassenbuchhalter und Kassierer der Stadtkasse in Bad Homburg; Freudenmann Konrad, Buchdruckereibesitzer in Bad Homburg; Schudt Heinrich, Buchdruckereibesitzer in Bad Homburg; Rudolph Heinrich, Gemeinderedner a. D. in Jallenstein; Blentner Karl, Fabrikant u. Vorsitzender der Allgemeinen Ortsrentenrente in Bad Homburg; Hüttenhein Rudolph, Geh. Rechnungsrat in Bad Homburg; Debus Friedrich, Kaufmann in Bad Homburg; Elzenheimer Jakob, Bürgermeister in Altenhain; Münzger Albert, Bürgermeister in Eppstein; Kopp Andreas, Bürgermeister in Schönbach; Bender Friedrich, Bürgermeister in Hornau; Horstmann Johann Karl, Bürgermeister in Kalbach; Schaller August, Bürgermeister in Oberstedten; Scheller Friedrich, Beigeordneter in Vertretung des vom Amte suspendierten Bürgermeisters in Dornholzhausen; Schaller Christian, Gemeinderedner in Oberstedten; Ritter Agathe, Ehefrau des Hotelbesitzers Karl Ritter in Bad Homburg.

* Das Reinergebnis der „Ludendorff-Spende“ beträgt nach der heutigen Veröffentlichung im „Kreisblatt“ Mark 188 919,47. Von diesem Betrag sind bestimmungsgemäß 27 000 Mk. an den Landesauschuh als Ausgleichsfonds abzuführen, so daß für die Kriegsschädigten im Overtaunuskreis Mark 159 919,47 übrig bleiben. Weitere Spenden, die im Interesse unserer tapferen Kriegsschädigten so nötig sind und um die hiermit gebeten wird, sind dem Konto 95 der Kreissparkasse für die „Ludendorff-Spende“ zuzuführen.

In Anbetracht des wahrhaft guten Wertes, bitten wir unsere Leser, auch den übrigen Ausführungen im „Kreisblatt“ ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

* Aus dem Güterrechtsregister. Eingetragen wurde: Der Hilfsarbeiter Peter Hauswald und seine Ehefrau Katharina, geb. Beque in Oberhessbach i. T. haben durch Vertrag vom 9. September 1918 Gütertrennung vereinbart.

* Stredwurst, und zwar eine einwandfreie, wie uns „geschmackvolle“ Leute versichern, wird in der Woche vom 7. bis 13. Oktober (100 Gramm pro Kopf) zur Verteilung kommen. Die Wurst, die nach einem neuen Verfahren im Homburger Schlachthaus hergestellt wird, wird 10 Minuten in heißes Wasser gelegt und dann warm genossen. Mit etwas Fett (wenn da war!) kann die Wurst auch als Stredwurst hergerichtet werden. Da sie auch den übrigen Bewohnern des Overtaunuskreises „zugänglich“ gemacht werden soll, dürfte das Interesse für die Stredwurst allgemein sein.

* Weitere fleischlose Wochen. Die verschiedentlich verbreitete Nachricht, daß auch in den Monaten November, Dezember und Januar mit fleischlosen Wochen zu rechnen sein werde, wird jetzt vom Kriegsernährungsamt bestätigt.

* Bekleidungsfragen. Am 3. Oktober 1918 abends 8 Uhr wird im Bürgerhalle des Rathauses zu Frankfurt a. M. eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher Herr Oberbürgermeister Dr. Haaselnau als Vertreter des Herrn Reichskommissars für bürgerliche Kleidung über alle die Öffentlichkeit z. B. stark beschäftigenden und interessierenden Bekleidungsfragen sprechen und alle aus der Versammlung an ihn gerichteten Anfragen beantworten wird. Magistrat und Handelskammer zu Frankfurt a. M. bitten in Anbetracht der Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Frage um zahlreichen Besuch aus den Interessenkreisen, namentlich der kommunalen Bekleidungsstellen und größeren industriellen Werken.

* Die Kartoffelversorgung. Eine recht gedrückte Stimmung herrscht in allen Kreisen der Bevölkerung über die Versorgung mit Kartoffeln. Daß die festgesetzte Ration bei dem Mangel an fast allen Nahrungsmitteln nicht ausreicht, beweisen die Hamsterfahrten und Wanderungen, die tagtäglich auf das Land unternommen werden. Die Hunderte, die mühselig alle Bauernstellen absuchen um einige Pfund Kartoffeln zu erhalten, sind wirklich keine Hamster wie sie dem Gesehgeber, als er die Hamsterei unter Strafe stellte, vorgeschwebt haben; das sind Leute, die mit dem ihnen „gefällig“ zugewiesenen Anteil an Kartoffeln ihren Hunger nicht stillen können, der sie plagt und der sie auf Hamsterfahrten zwang. Wenn jetzt der Versuch gemacht wird den Ursachen der tiefgehenden Verarmung im Volke nachzuforschen, möge man doch die Kartoffelversorgung nicht übersehen und ihre ernste Bedeutung für das Zusammenhalten der Einheitsfront nicht verkennen. Je loyaler sie beantwortet wird, je besser für Volk und Vaterland.

Wie wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen, hatte eine Deputation der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsausschusses Sachsens, dieser Tage im Kriegsernährungsamt eine Konferenz mit dem Unterstaatssekretär Dr. Müller und Major Reim über die schlechte Nahrungsmittelversorgung Sachsens. Es wurde zugesagt, die Beschwerden eingehender zu prüfen, namentlich wurde die Verteilung von neun Pfund Kartoffeln wöchentlich auf den Kopf im Reich in sichere Aussicht gestellt. Eine unbedingte Zusage wollte das Kriegsernährungsamt jedoch vor einem besseren Ueberblick über die Ernte nicht geben.

* Zur Neuordnung der Eierversorgung. Die bisherige Art der Bewirtschaftung der Eier hat weder die Zustimmung der ländlichen Erzeuger noch die Befriedigung der städtischen Verbraucher erzielt. Die mit ihr gemachten Erfahrungen haben den Beweis erbracht, daß die Zwangsbewirtschaftung neben einer ganzen Reihe hier nicht näher zu berührender technischer Schwierigkeiten vor allem auch zu einer sehr geringen Anlieferung von Eiern geführt hat. Fast noch schlimmer war die mit ihr verbundene starke Verwitterung der Erzeugerpreise, die den Höhepunkt erreichte, als auf die Nichtablieferung der Eier die Entziehung der Zuder- und Petroleumkarten als Strafe gesetzt wurde, was wiederum die Folge hatte, daß insbesondere in kleinen Städten massenhaft Hühner zur Abschachtung gelangten, da die Geflügelzüchter auf diese Weise allen Unannehmlichkeiten überhoben waren, ihre

im feindlichen Hinterland Truppenlager, Eisenbahnlinien, Bahnhöfe und Städte. Jetzt hat der Beobachter arbeitsreiche Minuten. Jeder fahrende Zug wird nach Richtung, Ausdehnung und vermutlichem Inhalt gewissenhaft notiert, jedes Barackenlager, jedes Schuppen vermerkt; und alles wird außer der Augenmerkung möglichst im Lichtbild festgehalten. So überwacht der Beobachter im Feindesland den Kolonnen- und Eisenbahnverkehr, findet neue Flughäfen, Lager und Munitionstapeln und wird nicht selten selbst zum Angreifer, indem er Truppentransporte, aus seiner Höhe niederstehend, mit Maschinengewehr oder Bomben attackiert.

Der Rückflug bietet dieselben Anstrengungen und dieselben Gefahren, wenn nicht noch größere; denn die Front ist inzwischen über das Austauschen und den vermittelbaren Rückflug des feindlichen Spähers unterrichtet. Dieser hat wertvolle Beobachtungen an Bord, die er unter allen Umständen heimbringen will. Häufig greifen dann beim Rückflug über der Front lauende Jagdflugzeuge den Fernaufklärer an, der mit seiner für andere Zwecke gebauten Maschine den schnellen wendigen Kampffliegern technisch unterlegen ist. Trotzdem scheut der deutsche Aufklärungslieger den Kampf nicht, und der „Ehrenbecher für den Sieger im Luftkampf“, der schon manchem Beobachter verliehen wurde, beweist, daß deutsche Beobachter sich auch feindlicher Jagdflieger zu erwehren wissen.

Unter ähnlichen Bedingungen muß das zur Aufklärung eingesetzte Flugzeug seinen Auftrag erfüllen, nur daß hier die Flugzeit infolge der geringeren Entfernung nicht so lang ist. Dafür steht der Beobachter dauernd im Feuer der Abwehrkanonen und im Gesichtsfeld der Jagdflieger, vor denen ihn keine Höhe schützt.

Mit besonderem Dank spricht die Infanterie von dem jüngsten Zweig unseres Flugwesens, den Infanterie- und